

## Wahlkampf ohne harte Bandagen

**Friedliches Podium der Reutlinger Industrie- und Handelskammer zur Bundestagswahl**

**Für die Kandidaten der im Bundestag vertretenen Parteien war es das erste Aufeinandertreffen in diesem Wahlkampf. Und es war das erste Podium in der neuen Kundenhalle der Kreissparkasse. Die Industrie- und Handelskammer hatte eingeladen.**

Bernd Ulrich Steinhilber

Reutlingen. Herauszufinden, was die Wirtschaft von den Bundestagsabgeordneten erwarten könne, war die Absicht des von IHK-Hauptgeschäftsführer Wolfgang Epp geleiteten Podiums. Sechs Prüfsteine zur Wahl hatte die IHK formuliert gehabt (wie berichteten). Für gerade mal drei von ihnen - Energiepolitik, Steuern und Infrastruktur - reichten am Mittwochabend die zwei Stunden aus. Und auch zum Schlagabtausch kam es dabei noch nicht, woran der Moderator seinen Anteil hatte. Der Wahlkampf ist noch jung. Die Kandidaten argumentieren vorsichtig. Zunächst erwartete Epp beim Thema "Energiepolitik" Antworten auf die Fragen, warum Energie in Deutschland teurer sei und wie es um die Versorgungssicherheit bestellt ist.

Und schon war man bei der Energiewende und damit bei einem der Gründe, den CDU-Kandidat Michael Donth, 46, für die Verteuerung verantwortlich macht. "Der Atomausstieg muss kalkulierbar bleiben", forderte er, und riet dazu, Energie zu sparen. Dagegen empfahl FDP-Bundestagsabgeordneter Pascal Kober die sofortige Absenkung der Stromsteuer - aber auch das von seiner Partei favorisierte "Mengenmodell", das Erzeuger verpflichtet, einen bestimmten Prozentsatz an alternativen Energien anzubieten.

SPD-Kandidatin Rebecca Hummel bekräftigte ihre Auffassung, dass der Atomausstieg den Strom langfristig billiger machen werde. Die grüne Bundestagsabgeordnete Beate Müller-Gemmeke will aus der Energiewende ein gesamtgesellschaftliches Projekt entwickeln und damit Chancen für den Arbeitsmarkt erschließen. Für die Linke fordert Günter Herbig, das Preisbildungsmonopol zu durchbrechen. Einig waren man sich, europaweit die Preise zu harmonisieren.

Dass die Linke, laut Herbig, "die Mittelstandspartei schlechthin" sei, begründete er damit, dass sie die Umverteilung von unten nach oben über Steuern rückabwickeln würde. Betroffen wären Einkommen von über 6000 Euro. "Das Geld", versuchte er den Unternehmern klarzumachen, "fließt genau wieder an sie zurück." Indes versprach Hummel, dass es mit der SPD "keine Substanzbesteuerung geben" werde. Doch müssten "starke Schultern auch mehr tragen". Müller-Gemmeke nannte Zahlen: Nach dem grünen Modell würden 90 Prozent der Menschen entlastet, sieben Prozent belastet - nicht aber Unternehmen. "Wie wollen sie bei Einzelunternehmen Privatvermögen und Firmenvermögen trennen?", fragte Donth. Der Staat habe kein Einnahmeproblem, sagte er weiter und stellte fest, "dass starke Schultern jetzt schon mehr tragen". Kober machte die Sache für die Koalition endgültig klar: "Mit uns gibt es definitiv keine Steuererhöhungen."

Keineswegs klar ist, wie es die schwarz-gelbe Koalition mit der Pkw-Maut hält. Bei CDU und FDP werden unterschiedliche Positionen vertreten. Hummel ist dafür, will aber deutsche Autofahrer im Gegenzug entlasten. Müller-Gemmeke, die sich klar für den Alaufstieg positioniert hat, hält sie für unsozial und unökologisch. Sollte sie kommen, will Herbig mit dem Geld Straßen "eher reparieren als neue bauen".